

DIE KRAFT DER GUTEN IDEEN – WERK UND
WIRKUNG DER ÖSTERREICHISCHEN SCHULE
DER NATIONALÖKONOMIE

GO Ahead Konferenz

Wien, 1. Oktober 2011

Von

Thorsten Polleit

FRANKFURT SCHOOL OF FINANCE & MANAGEMENT

SONNEMANNSTRABE 9-11

60314 FRANKFURT AM MAIN

TEL.: +49 (0) 69 154008-0

e-mail: *info@frankfurt-school.de*

I. EINFÜHRUNG

Ideen – also geistige Vorstellungen, geistige Entwürfe über die menschliche Realität – spielen für das menschliche Handeln eine ganz besondere Rolle. Denn es sind Ideen, die das menschliche Handeln leiten, um *Ziele* zu erreichen. Es gibt *gute* Ideen, und es gibt *schlechte* Ideen.

Gute Ideen sollen hier als solche Ideen verstanden werden, die zwei Bedingungen erfüllen. Zum einen führt das Handeln, zu dem sie anregen, zum Erreichen des angestrebten Ziels. Zum anderen leiten sie gleichzeitig zu *ethischem* Handeln an. Gute Ideen genügen also dem *Kategorischen Imperativ*, wie er von Immanuel Kant (1724 – 1804) formuliert wurde. Der Kategorische Imperativ lautet: „*Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.*“

Schlechte Ideen sind solche Ideen, mit denen sich entweder das angestrebte Ziel *nicht* erreichen lässt; oder sie leiten zu einem Handeln an, das dem Kategorischen Imperativ zuwiderläuft, also unethisch ist.

Woher stammen Ideen? Sie entstammen aus Herkunft und Lebensumfeld. Die meisten Ideen, über die Menschen verfügen, sind *übernommene Ideen*, sie wurden weitergereicht von der Vorgeneration, und diese hat sie wiederum von ihrer Vorgeneration übernommen. Nur ganz wenigen ist es vergönnt, *neue* (und: *gute*) *Ideen* zu entwickeln.

Die *Überlieferer* von Ideen spielen eine bedeutsame Rolle für das menschliche Handeln. Gemeint sind die *Intellektuellen*. Sie erreichen mit den Ideen, die sie verbreiten, viele Menschen. Friedrich August von Hayek hat sich mit der Bedeutung der Intellektuellen für die Verbreitung von Ideen in seinem Aufsatz *The Intellectuals and Socialism* (1949) auseinandergesetzt. Die Intellektuellen, die *vorhandene Ideen* weiterverbreiten, bezeichnete er als „second hand dealers of ideas“, also als „Gebraucht-Ideen-Händler“.

Zu ihnen lassen sich zum Beispiel Schul- und Hochschullehrer, Buchautoren, Filmemacher, Musiker, Politiker und Journalisten zählen. Die „second hand dealer of ideas“ üben bei der Verbreitung von Ideen eine *Auswahlfunktion* aus: Sie haben Einfluss darauf, welche Ideen verbreitet werden und welche nicht, und wie die Ideen in der Öffentlichkeit aufgenommen werden, ob sie als *gute Ideen* oder als *schlechte Ideen* wahrgenommen werden.

Natürlich spielen in allen Wissensgebieten die „second hand dealers of ideas“ eine bedeutsame Rolle. Ihre Rolle ist in der Wirtschaftswissenschaft jedoch besonders groß. Denn die Ideen, die volkswirtschaftliche Themengebiete betreffen, erstrecken sich, wenn sie das menschliche Handeln beeinflussen, in ihrer Wirkung nicht nur auf einen Teilbereich des Gesellschaftslebens, sondern sie nehmen letztlich Einfluss auf das ganze Gemeinwesen.

Ludwig von Mises (1881 – 1973) erkannte die Bedeutung von Ideen: „Mit dem Schicksal der Nationalökonomie ist das Geschick der modernen Kultur (...) unlösbar verknüpft. Diese Kultur konnte entstehen, weil die Völker von Ideen beherrscht wurden, die die Anwendung der Lehren der Nationalökonomie auf die Politik darstellten. Sie wird und muss verschwinden, wenn die Politik auf den Wegen, die sie unter dem Einfluss der die Nationalökonomie bekämpfenden Lehren eingeschlagen hat, weiterschreiten sollte.“¹

Einige der wichtigsten Ideen, die von den Ökonomen der Österreichischen Schule der Nationalökonomie erarbeitet (und in Form von Theorien formuliert) wurden, sollen im Folgenden in aller Kürze dargestellt werden. Es wird dabei deutlich werden, dass die Ideen der Österreichischen Schule der Nationalökonomie *gute Ideen* sind: Sie erklären die Realität, helfen also bei der Daseinsbewältigung, und das Handeln, zu dem sie anraten, ist *ethisch*; sie genügen also dem Kantschen Kategorischen Imperativ.

II. WICHTIGE BEITRÄGE

Die Arbeiten von Carl Menger (1840 – 1921) markieren den Beginn der Österreichischen Schule der Nationalökonomie. Er veröffentlicht 1871 die *Grundsätze der Volkswirtschaftslehre*. Sein Werk enthält Bahnbrechendes: Es geht um ökonomische Güter, Tauschen, subjektive Wertlehre, Grenznutzenschule (und zwar formuliert als *logisches Gesetz*, nicht als psychologisches Gesetz) und vor allem die Theorie über die Herkunft des Geldes, in der er erklärt, dass das Geld durch die spontanen Marktkräfte entsteht, und dass dafür kein staatlicher Einfluss notwendig ist.

1883 veröffentlicht er die Ergebnisse seiner methodologischen Forschung unter dem Titel *Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere*. Auch diese Schrift ist revolutionär. Sie wendet sich

¹ Mises (1940), Nationalökonomie, S. 7.

gegen die herrschende Lehre der (jüngeren) *Historischen Schule*, die unter der intellektuellen Führung des deutschen Professors Gustav Schmoller (1838 – 1917) steht. Die Schrift von Carl Menger löst den *Methodenstreit* aus.

Die Vertreter der Historischen Schule – die auch das Sobriquet *Kathedersozialisten* erhielten – waren methodisch der Meinung, dass es keine universellen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten gibt. Wirtschaftlich-soziale Vorgänge bedürften vielmehr einer fallweisen subjektiven Interpretation durch den Betrachter.

Menger vertritt hingegen die Auffassung, dass es ökonomische Gesetzmäßigkeiten gibt – wie zum Beispiel ökonomische Ursache-Wirkungsbeziehungen, die immer und überall gelten, ganz im Sinne exakter Gesetze der Realität. Mengers methodologische Grundhaltung ist also ein Frontalangriff auf den *Skeptizismus-Relativismus*, der von der Historischen Schule vertreten wird.

Der Methodenstreit war überaus wichtig zur Aufdeckung der methodologischen Unterschiede im ökonomischen Denken, einer Thematik, der sich nachfolgend Ökonomen, Philosophen und Historiker annahmen wie zum Beispiel Max Weber, Heinrich Rickert (1863 – 1936), Ludwig von Mises und Alfred Schütz (1899 – 1959).

Auf Carl Menger folgt Eugen von Böhm-Bawerk (1851 – 1914). Böhm-Bawerk (nach Joseph A. Schumpeter (1883 – 1950) war Böhm-Bawerk ein enthusiastischer Anhänger der Lehre von Carl Menger) stellt seine wissenschaftliche Arbeit von vornherein ganz auf ein damaliges Zentralproblem der theoretischen Nationalökonomie ab: auf das Zinsphänomen. Er veröffentlicht 1884 *Die Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien*, 1886 die *Grundzüge der Theorie des wirtschaftlichen Güterwertes* bis schließlich 1889 die *Positive Theorie des Kapitals* folgt. Böhm-Bawerk erklärt den Zins im Kern durch die *Zeitpräferenz*: also dadurch, dass die Erfüllung der Bedürfnisse heute höher wertgeschätzt wird als ihre Erfüllung in der Zukunft.

Zu erwähnen ist hier auch Böhm-Bawerks berühmte Schrift *Zum Abschluß des Marxschen Systems*, veröffentlicht im Jahr 1896, in der er die Lehre des Marxismus widerlegt, insbesondere die ihm zentrale Arbeitswerttheorie.

Ludwig von Mises kann wohl mit Fug und Recht als der herausragendste Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie bezeichnet werden. In seiner Habilitationsschrift *Theorie des Geldes und der Umlaufsmittel* (1912) integriert er die Wertbestimmung des Geldes in die Grenznutzenschule.

Mises entwickelt darin zudem auch das *Regressionstheorem*, wonach Geld aus einem intrinsisch wertvollen Sachgut entstanden sein *muss*; und er formuliert die ös-

terreichische monetäre Konjunkturtheorie, indem er die Lehre dreier Theoriestränge miteinander verbindet: Currency School, Böhm-Bawerks Zins- und Kapitaltheorie und die Theorie über die Divergenz zwischen dem Marktzins und dem natürlichen Zins, wie sie von dem schwedischen Ökonomen Knut G. Wicksell (1851 – 1926) entwickelt wurde.

1919 zeigt Mises in einem Vortrag erstmalig wissenschaftlich auf, warum der Sozialismus nicht funktionieren kann. Die Schrift, die er vor der Nationalökonomischen Gesellschaft vorträgt, heißt: *Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen*; aus ihr erwächst später Mises' umfassendes Werk *Die Gemeinwirtschaft* (1922). Mises zeigt, dass der Sozialismus eine nicht durchführbare Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist; dass er also nicht nur wirtschaftlich problematisch ist, sondern dass er gänzlich undurchführbar ist und wirtschaftliches Chaos und Verarmung heraufbeschwört.

Bekannt ist Mises' „Privatseminar“, das er seit 1920 bis zu seinem Weggang aus Wien im Jahr 1934 in seinem Handelskammer-Büro abhielt. Diskutiert wurden zwanglos alle wichtigen Probleme der Nationalökonomie, Sozialphilosophie, Logik und Erkenntnistheorie (*Epistemologie*). Dem Seminar gehörten an: Friedrich August von Hayek (1899 – 1992), Fritz Machlup (1902 – 1983), Oskar Morgenstern (1902 – 1976) und Gottfried Haberler (1900 – 1995), um nur einige große Namen zu nennen.

1927 erscheint Mises' Buch *Liberalismus* – eine logisch-konsistente und unbedingte Legitimierung der freiheitlichen Marktwirtschaft. Aus einer Reihe von Aufsätzen entsteht 1929 *Kritik des Interventionismus*. Darin verdeutlicht Mises, dass die gesellschaftliche Ordnung lediglich zwischen Kapitalismus und Sozialismus wählen kann – und dass ein „dritter Weg“ (der Interventionismus) notwendigerweise scheitern muss, weil er notwendigerweise in den Sozialismus führt – und der Sozialismus ist nach Mises keine durchführbare Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

1933 folgt die Veröffentlichung von *Grundprobleme der Nationalökonomie*, eine Sammlung wichtiger epistemologischer Aufsätze; sie enthält die Vorarbeiten für Mises' Magnum Opus *Nationalökonomie* (1940), das auch gleichzeitig Mises' letztes deutschsprachiges Werk ist.

1944 veröffentlicht er, bereits in den Vereinigten Staaten von Amerika, *Omnipotent Government: The Rise of the Total State and Total War*. Hierin analysiert er den Weg vom Niedergang des Liberalismus hin zum deutschen Nationalsozialismus. Ebenfalls im Jahr 1944 erscheint sein Buch *Bureaucracy* – eine Analyse über die un-

überwindbaren bürokratischen Fallstricke des Sozialismus. Bereits 1942 hatte Mises begonnen, eine englischsprachige Version von *Nationalökonomie* zu erarbeiten, die dann 1949 unter dem Titel *Human Action: A Treatise on Economics* erscheint.

In *Nationalökonomie* und *Human Action* rekonstruiert Mises die Volkswirtschaftslehre als logisch-formale Wissenschaft, die er als *Praxeologie* bezeichnet: *die Logik des menschlichen Handelns*. Sie ruht auf dem *Axiom des menschlichen Handelns*, einem ganz besonderem Axiom, das nachfolgend noch näher betrachtet wird.

1957 veröffentlicht Mises *Theory and History*, sein letztes Werk, das die philosophischen Grundlagen von *Human Action* erläutert und Dogmen wie den Historizismus, den Szientismus und den marxistischen dialektischen Materialismus als *falsche Theorien* entlarvt.

Mises wohl bekanntester Schüler ist Friedrich August von Hayek, der 1974 den Wirtschaftsnobelpreis zusammen mit Gunnar Myrdal (1898 – 1987) erhielt. Hayek hat annähernd 50 Bücher, etwa 30 Broschüren und etwa 270 wissenschaftliche Aufsätze verfasst. Seine Arbeiten sind in viele Sprachen übersetzt worden. Er hat weltweit viele akademische Ehrungen erhalten.

1929 veröffentlicht Hayek *Geldtheorie und Konjunkturtheorie*. Seine Vorlesungen an der London School of Economics erscheinen 1931 als *Prices and Production*. Darin untersucht Hayek die monetäre Konjunkturtheorie der Österreichischen Schule eingehend; bekannt ist daraus das „Hayeksche Dreieck“. Ein Welterfolg ist Hayeks *Der Weg zur Knechtschaft* im Jahr 1944. Darin erklärt Hayek, dass der Interventionismus-Sozialismus in den Totalitarismus führen muss. 1960 veröffentlicht Hayek die *Die Verfassung der Freiheit*, 1976 folgt *The Denationalisation of Money*, in der er für eine Privatisierung der Geldproduktion und den Währungswettbewerb eintritt.

Blickt man von heute auf die Anfänge der Österreichischen Schule der Nationalökonomie zurück, so hat sie sich gewissermaßen zweiteilig entwickelt, was ihre methodologische Orientierung anbetrifft: zum einen ist da der Zweig *Menger-Böhm-Bawerk-Mises-(Murray N.)Rothbard*, zum anderen der Zweig *Menger-(Friedrich von) Wieser-Hayek-(Israel)Kirzner*.

Es ist der Zweig *Menger-Böhm-Bawerk-Mises-Rothbard*, der der *Praxeologie* (oder dem „extremen Apriorismus“) folgt, also der *Methodologie*, die Mises ausgearbeitet hat, und dieser Zweig ist der nach wie vor wohl aktivste. Jüngere Vertreter dieser Linie sind – um nur einige zu nennen – Hans-Hermann Hoppe, Jörg Guido Hül-

mann (Universität Angers), Joseph T. Salerno (Pace University New York), Hans F. Sennholz (1922 – 2007, Grove College, Pennsylvania), George Reisman (1937, Emeritus der Pepperdine University, Kalifornien) und Huerta de Soto (1956, Rey Juan Carlos Universität, Madrid).

Mises' Schüler Murray N. Rothbard (1926 – 1995) verdient an dieser Stelle besondere Erwähnung. Rothbard hat die praxeologische Österreichische Schule der Nationalökonomie zu neuen Höhen geführt. Rothbard entwirft nicht nur eine praxeologische Theorie des Staates, sondern er (wieder)entdeckt auch das Privateigentum als gemeinsame Basis der Ökonomik und der Ethik. Daraus leitet er in *The Ethic of Liberty* (1982) eine *rationale Ethik* ab, die auf dem unbedingten Respekt der individuellen Eigentumsrechte ruht. Und auf dieser Erkenntnis entwickelt Rothbard eine *libertäre Gesellschaftsphilosophie* („Libertarianism“). Es ist ein wirklich großer Wurf.

Mises hatte noch eine *utilitaristische Auffassung* vertreten („Abwägungen von Kosten und Nutzen“), er lehnte eine objektive Ethik ab. In diesem Sinne war sein Argument für den Liberalismus, dass er für friedvolle und *bessere materielle Lebensbedingungen* sorgt als andere Ordnungen des Wirtschaftslebens. Diejenigen jedoch, die andere Ziele verfolgen als das Ziel, den materiellen Lebensstandard zu mehren (und zum Beispiel die Gleichheit der Einkommen anstreben), werden die Empfehlung für einen so beworbenen Liberalismus nicht (notwendigerweise) überzeugend finden.

Rothbard hingegen gibt dem Libertarismus eine rationale (verstandesmäßige), *objektiv-ethische* Basis, indem er die Ökonomik und die Ethik mittels des Konzepts des *Privateigentums* verbindet. Unter Privateigentum versteht er (in Anlehnung an die naturrechtliche Sicht von John Locke (1632 – 1704)) das individuelle Recht auf den eigenen Körper und das Recht auf die Erträge, die das Individuum aus eigener Anstrengung erarbeitet. Darauf aufbauend macht Rothbard deutlich, dass das Handeln, bei dem *unbedingter Respekt vor dem individuellen Privateigentum* gegeben ist, ethisch ist.

Hans-Hermann Hoppe zeigt nachfolgend auf, dass sich Rothbards naturrechtliche Beweisführung auch aus dem *Axiom des menschlichen Handelns* ableiten lässt, dass sie also im Kern *axiomatisch* ist – und damit genauso wahr ist wie das *Axiom des menschlichen Handelns* selbst.² Hoppe beweist also, dass die Ethik des Libertarismus

² Hoppe nahm bei der Herleitung dieser Erkenntnis Rückgriff auf das *Axiom der Argumentation* – abgeleitet von der *Diskursethik*, die von Jürgen Habermas und Karl-Otto Apel entwickelt wurde –, das ei-

nicht etwa auf Willkür fußt, sondern dass sie sich als wahr, axiomatisch-logisch legitimieren lässt: und zwar durch das Privateigentum.

III. WIRKUNG DER ÖSTERREICHISCHEN SCHULE DER NATIONAL-ÖKONOMIE

Die Österreichische Schule der Nationalökonomie hat Einfluss auf die herrschende Lehre der Wirtschaftswissenschaften genommen. Um ein Beispiel zu nennen: Die *Grenznutzenschule* ist zur allgemein akzeptierten Theorie zur Bestimmung des Güterwertes geworden. Auch die Problematisierung der Geldentwertung („Inflation“) durch die Österreicher wird von anderen Denkschulen geteilt (etwa vom Monetarismus).

Gleichwohl haben viele wichtige Erkenntnisse, die die Österreicher hervorgebracht haben (wie z. B. die Unmöglichkeit des „dritten Weges“ oder die ökonomisch-ethischen Defizite des Fiat-Geldsystems), keinen Eingang in die herrschende Lehre gefunden. Ja, man muss feststellen, dass die Lehre der Österreichischen Schule der Nationalökonomie als eigenständiges Format aus den gängigen Lehrveranstaltungen nahezu verschwunden ist. Warum ist das so?

Ein Grund dürfte in der staatlichen Hoheit über die Bildungspolitik zu finden sein. Heutzutage sind weite Teile der Bildung – Grundschule, weiterführende Schule, Handelsschule bis hin zur Universität – staatlich beherrscht. Der Staatseinfluss auf die Lehrpläne ist mitunter groß, die Lehrkräfte stehen in der Regel im Staatssalär. Da kann es nicht verwundern, dass in diesem Umfeld das Verbreiten der unbedingt marktfreundlichen und staatskeptischen oder gar zuweilen staatsfeindlichen Lehre der Österreicher nur beschränkt Anhänger findet.

Zudem erfordern erfolgreiche Karrieren im herrschenden wirtschaftswissenschaftlichen Betrieb staatlicher Prägung das Verfolgen der Methodik der *Mainstream-Ökonomik*, die jedoch unvereinbar ist mit der Methodik der Österreichischen Schule (die zum Beispiel die Mathematisierung der Volkswirtschaftslehre ablehnt) beziehungsweise der *Praxeologie*. So erfordert das Erlangen von einflussreichen Hochschullehrerpositionen das Publizieren in namhaften Schriften („Refereed Journals“

nerseits im Axiom des menschlichen Handelns enthalten ist, das andererseits aber auch darüber hinausgeht.

oder „Peer-Reviewed Journals“), die sich der Mainstream-Ökonomik verschrieben haben. Praxeologische Arbeiten werden hier kaum zur Veröffentlichung kommen.

Und natürlich spielen auch *Partikularinteressen* – wie übrigens in jedem anderen Wissensgebiet auch (man denke nur an die Medizin- und Pharmabranche) – eine Rolle. In der monetären Ökonomik treten zum Beispiel staatliche Zentralbanken als Konferenzveranstalter auf. Sie lassen meinungsführende Ökonomen an prominenter Stelle zur Sprache kommen, eröffnen (finanziell attraktiv ausgestattete) Forschungsaufenthalte und stellen Publikationsmöglichkeiten bereit.

Zentralbanken (wie zum Beispiel die Europäische Zentralbank und die ihr angeschlossenen nationalen Zentralbanken) stellen mittlerweile sogar Lehr- und Unterrichtsmaterial (in Form von Hochglanzbroschüren und Filmen) für Schulen und Universitäten kostenlos bereit. Die inhaltliche Ausrichtung dieser Lehrmaterialien ist dabei unmissverständlich: Das staatliche Zentralbanksystem und das staatliche Kreditbeziehungsweise Fiat-Geldsystem werden unbedingt befürwortet.

Gerade auch wegen einer unzureichenden Lehre der Geldtheorie konnte das Geldsystem zu einer atemberaubenden Komplexität ausufern (Welcher „Nichtexperte“ weiß schon, was „Kreditgeld“ und was ein „Teilreserve-Geldsystem“ ist?). Wenn aber das Wesen und die Wirkung des Kredit- oder Fiat-Geldsystems nicht mehr oder nicht mehr hinreichend aufgeklärt gelehrt werden, ist es nicht überraschend, dass in der breiten Öffentlichkeit Unverständnis und Verwirrung herrscht über die Ursachen von Missständen wie Rezession, Arbeitslosigkeit und Geldwertverlust. Das erlaubt wiederum, *falsche Ideen* (in Form von falschen Ursachendiagnosen und Politikempfehlungen) in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Schlechte ökonomische Ideen sind (mit)verantwortlich für gesamtgesellschaftliche Fehlentwicklungen, weil Ideen ja – wie eingangs angemerkt – das menschliche Handeln leiten. Schlechte Ideen kommen in Form von *schlechten Theorien* daher; wobei hier eine Theorie als Verwissenschaftlichung einer Idee zu verstehen ist.

Eine *falsche* Theorie ist eine solche, die falsche Zusammenhänge postuliert, die also eine Handlungsanweisung gibt, mit denen sich das angestrebte Ziel (Zustand) nicht erreichen lässt; sie ist *schlecht*, wenn das Handeln, zu dem sie anleitet, dem kategorischen Imperativ zuwiderläuft, wenn sie also unethisches Handeln empfiehlt.

Nur zu leicht lassen sich schlechte Theorien verbreiten, wenn sie Heilvolles versprechen, wie zum Beispiel die folgende Theorie: *Staatliche Steuererhebungen und Umverteilung schaffen eine gerechtere Welt*. Der Anreiz, eine solche verhei-

ßungsvolle Theorie in die Tat umzusetzen, ist groß; man ist bereit, ein *soziales Experiment* einzugehen.

Doch Mises stellte sich einer solchen intellektuellen Fehlentwicklung (die aus dem vorherrschenden *Positivismus-Empirismus* entspringt) mit seiner Methodologie, der *Praxeologie*, entgegen.

Der Kern der Praxeologie ist, wie bereits erwähnt, das *Axiom des menschlichen Handelns*. Dieses Axiom ist nicht etwa ein willkürlich gesetztes Axiom. Es ist ein sogenanntes *a priori synthetisches* Urteil nach Kant. *A priori* bezeichnet hier *wahres Wissen*, das dem Verstand verfügbar ist, ohne dass Erfahrung gemacht werden muss. Ein Beispiel für a priori Wissen ist: *Wenn ein Stück Holz einen Meter lang ist, ist es nicht zwei Meter lang*. Man muss nicht testen, um zu erfassen, dass dieser Satz wahr ist. Oder: *Wenn A größer ist als B, und B größer ist als C, dann ist A größer als C*.

Ein *synthetisches* Urteil ist ein *wissenserweiternder* Satz. Ein Beispiel ist: *Körper sind schwer*. Wir müssen *erfahren*, dass Körper schwer sind, wir wissen es nicht aus dem Konzept (Körper) selbst. Folglich sind synthetische Urteile *a posteriori* (aus Erfahrung gewonnen).

Kant sagt nun, dass es auch *a priori synthetische Urteile* gibt: nämlich Sätze, die uns Wissen geben, ohne dass wir Erfahrung machen müssen (die also *a priori* sind), und die unser Wissen erweitern über das Konzept hinaus, das wir betrachten (also *synthetisch* sind).

Mises' Axiom des menschlichen Handelns ist ein *a priori synthetisches Urteil*, wie es Kant gedacht hat. Ein a priorisches synthetisches Urteil muss zwei Anforderungen erfüllen, so Kant. Es muss aus *innerer Reflexion* (und nicht aus Beobachtung) gewonnen sein, und es muss *selbst-evident* sein.

Mises' Axiom des menschlichen Handelns erfüllt beide Anforderungen.³ Die Aussage, dass der Mensch handelt, ist nicht widerlegbar: Man kann die Aussage nicht widerlegen, ohne sich in einen unauflösbaren Widerspruch zu verfangen, sie ist selbst-evident (Die Aussage, der Mensch handelt nicht, ist ein Handeln, widerspricht also dem Gesagten). Das Axiom lässt sich zudem nicht aus der Beobachtung gewin-

³ Es sollte hier angemerkt werden, dass die Praxeologie nichts gemein hat mit den Lehren, die eine absolute Wahrheit annehmen. Der Begriff der Wahrheit ist sinnvoll nur im Hinblick auf das *menschliche Denkvermögen*.

nen: Um zu wissen, dass der Mensch handelt, bedarf es des Wissens über das menschliche Handeln.

Im Weg der formalen Logik lassen sich nun weitere wahre Sätze von diesem *apodiktisch* wahren Axiom *deduktiv* ableiten, die unser Wissen erweitern. Zum Beispiel sind die folgenden Aussagen praxeologisch abgeleitet und damit *wahr*: (1) Jede Transaktion, die nicht freiwillig ist (Raub, Besteuerung etc.), stellt eine Partei besser auf Kosten der anderen Partei; (2) der Grenznutzen eines Gutes nimmt mit steigendem Verfügbarkeit des Gutes ab; (3) Mindestlöhne, die oberhalb des markträumenden Niveaus liegen, führen zu ungewollter Arbeitslosigkeit.

Ob Theorien (und die Politiken, die sich an ihnen ausrichten) gut oder schlecht sind, kann anhand der Praxeologie mit absoluter Sicherheit *ex ante* gezeigt werden, man muss also eine Theorie erst gar nicht erst ausprobieren, um zu erkennen, ob sie funktionieren oder nicht. Das folgende Theoriebeispiel mag das verdeutlichen: *Das Verwenden von Papiergeld und das Ausweiten der Papiergeldmenge befördern Wachstum und Beschäftigung.*

Lassen Sie uns diese Theorie kritisch betrachten mittels der Praxeologie. Wir wissen *mit Sicherheit*, dass menschliches Handeln das *Eintauschen* einer Situation gegen eine andere (als vorteilhafter empfundene) Situation ist. Im Rahmen von Tauschvorgängen bildet sich ein indirektes Tauschmittel (Geld) heraus, wenn man nur annimmt, dass Menschen eigennutzorientiert sind und erkennen, dass die Arbeitsteilung für eine höhere Güterausstattung sorgt. Daraus lässt sich ableiten, dass die Tauschfunktion des Geldes die einzige Funktion ist, die Geld ausübt; die Wertaufbewahrungs- und Recheneinheitsfunktion sind nur Unterfunktionen der Tauschmittelfunktion des Geldes.

Wir wissen weiterhin, dass das *Gesetz des abnehmenden Grenznutzens* aus dem Axiom des menschlichen Handelns folgt. Wir wissen daher auch mit Sicherheit, dass eine Vermehrung der Geldmenge zu einer Verminderung des Tauschwertes der Geldeinheit führen muss (gegenüber einer Situation, in der die Geldmenge nicht ausgeweitet wird): Jede zusätzliche Geldeinheit kann nur für einen Zweck eingesetzt werden, der weniger dringlich ist als der Zweck, zu dessen Erfüllung die letzte, zuvor eingesetzte Geldeinheit verwendet wurde.

Daraus folgt wiederum: *Ein Ausweiten der Geldmenge bringt keinen gesamtwirtschaftlichen Nutzen (Anwachsen des Güterangebots), es vermindert lediglich die Kaufkraft einer Geldeinheit.*

Der *zweite Schritt* ist: Papiergeld (oder auch: *Fiat-Geld*) kann nicht aus einer spontanen Marktordnung entstehen. Das zeigte Mises im Rahmen seines *Regressions-theorems*. Papiergeld kann nur durch Zwang – genauer: Staatszwang, also durch Verletzung privater Eigentumsrechte – in Umlauf gebracht werden.

Geld muss – so zeigte bereits Carl Menger – aus einem Sachgut entstanden sein, einem Gut, das einmal, bevor es die Geldfunktion übernehmen konnte, um seiner selbst willen einen Wert gehabt hat. Papiergeld kann nur durch einen Enteignungsakt etabliert werden – etwa dadurch, dass die Einlösepflicht einer Banknote in das Sachgut (Gold, Silber) „suspendiert“ wird.

Es lässt sich also praxeologisch schlussfolgern, dass die Theorie, dass das Verwenden und fortwährende Ausweiten der Papiergeldmenge für mehr Produktion und Beschäftigung sorgt, eine *falsche Theorie* ist (denn sie verspricht ein Ergebnis, dass auf diese Weise nicht erzielt werden kann); und dass sie auch eine *schlechte Theorie* ist (denn sie regt zu einem Handeln an, das die Eigentumsrechte von Marktakteuren verletzt).

Das obige Beispiel unterstreicht die *Bedeutung von Theorien*. Mises schrieb dazu in *Die Gemeinwirtschaft* (1922): „Von Ideen, von den Theorien hängt alles ab.“⁴ Und in *Nationalökonomie* (1940) schreibt er: „Jedes Handeln ist auf der Feststellung von Kausalzusammenhängen aufgebaut. Wer einen Kausalzusammenhang denkt, denkt einen zu Grunde liegenden Satz mit, denkt eine Theorie mit. Handeln ohne Denken, Praxis ohne Theorie sind unvorstellbar. Das Denken mag fehlerhaft, die Theorie mag falsch sein, doch Denken und Theorie können nie fehlen.“⁵

IV. ERLÄRUNG DER KRISE

In der Lehre der Österreichischen Schule der Nationalökonomie sind die Geldtheorie und die monetäre Konjunkturtheorie Kernelemente. Mit ihnen – sowie den *praxeologischen Erkenntnissen* über Kapitalismus, Interventionismus und Sozialismus – lassen sich die Ursache und Konsequenz der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise wie folgt erklären: *Die Krise ist im Kern Ergebnis des Interventionismus*.

In den letzten Jahrzehnten hat sich in allen entwickelten Volkswirtschaften ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem herausgebildet, das sich vermutlich am besten

⁴ Mises (1922), *Gemeinwirtschaft*, S. 471.

⁵ Mises (1940), *Nationalökonomie*, S. 146.

als „sozial-demokratischer Sozialismus“ charakterisieren lässt: Ein Wirtschaftssystem, in dem der Respekt des Privateigentums nicht mehr unbedingt gewährleistet ist; und in dem staatliche (Markt-)Eingriffe, legitimiert durch die Mehrheitsmeinung, danach trachten, für eine „gerechte“ (Um-)Verteilung von Vermögen und Einkommen zu sorgen.

Bekanntlich lässt sich in einer Geldwirtschaft die Umverteilung besonders effizient (und „geräuschlos“ vollziehen), wenn der Staat die Hoheit über die Geldproduktion innehat. Werden Ausgaben des Staates durch ein Ausweiten der Geldmenge finanziert, so werden Ressourcen verstärkt denjenigen zur Verfügung gestellt, die die neu geschaffene Geldmenge als erste erhalten (wie z. B. Staatsangestellte, Firmen, die vom Staat Aufträge erhalten, etc.) – zu Lasten derjenigen, die die neue Geldmenge erst zu einem späteren Zeitpunkt oder gar nicht erhalten.

Die Möglichkeit, die Geldmenge nach politischen Erwägungen zu vermehren, erlaubt die Umverteilung im sozial-demokratischen Sozialismus ganz erheblich zu erweitern. In allen „entwickelten“ Wirtschaftsräumen produzieren staatliche Zentralbanken Geld durch Kreditvergabe – also im wahrsten Sinne des Wortes „aus dem Nichts“. Diese Form der Geldproduktion hat *drei Vorteile* für die Geldproduktionsmonopolisten. *Erstens* kann der Kreditgeldproduzent Gewinne erzielen über das Zins-einkommen. *Zweitens* kann er als Erstempfänger des neuen Geldes Güter kaufen, deren Preise in der Regel nachfolgend ansteigen, weil das Geldschaffen aus dem Nichts inflationär ist. *Drittens* lässt sich im Zuge der Kreditgeldproduktion der Marktzins künstlich absenken und die Kreditfinanzierung verbilligen.

Die Anreize, die die Möglichkeit der Staatsverschuldung auf Regierende und Regierte ausübt, sind – gerade in einer Demokratie – unwiderstehlich. Regierende können durch kreditfinanzierte Ausgaben finanzielle Wohltaten austeilen und so ihre Stimmenmehrheiten sicherstellen, ohne dass sie das Wahlvolk mittels unpopulärer Steuererhöhungen sichtbar zur Kasse bitten müssen. Die Bürger lassen sich das nur zu gern gefallen, weil sie die Wohltaten genießen wollen und dabei hoffen, dass nicht sie, sondern andere – die künftigen Steuerzahler – die offenen Rechnungen begleichen werden. Die Folgen sind: (1) Die Staatsverschuldung steigt im Zeitablauf an (absolut und relativ zum Volkseinkommen), und (2) immer weitere Teile der Bevölkerung trachten danach, Empfänger staatlicher Wohltaten zu werden.

Das staatliche Verschulden dient der *Umverteilungspolitik*, nicht dem Aufbau des produktiven Kapitalstocks. Das ist auch der Grund, warum der Staatskredit anfäl-

lig ist für Vertrauensverluste: Wenn Staatskredite verwendet werden, um unrentierliche Ausgaben („Konsum- und Transferzahlungen“) zu finanzieren, nimmt die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft nach und nach ab, weil knappe Ressourcen in wenig produktive Verwendungen (um)gelenkt werden, und so schwinden die Aussichten auf eine Rückzahlungsmöglichkeit der Staatskredite.

Früher oder später werden die Kreditgeber auf den Finanzmärkten das erkennen und nicht mehr willens sein, die staatliche Dauerschuldnerie – entweder finanziert durch Kapitalmarktmissionen oder Bankkredite – zu herrschenden (niedrigen) Zinsen fortzuführen. Steigen aber die Zinsen auf Staatskredite an, kann die Verschuldungspolitik des Staates aus Sicht der Steuerzahler – die ja die Zinsen aus ihren Einkommen zahlen müssen – plötzlich unattraktiv machen, insbesondere dann, wenn der Schuldenstand bereits hoch ist.

Die notwendigen Anpassungen – wie ein Kürzen von staatlichen Transferzahlungen und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit – werden gescheut, weil die laufende Steuerzahlergeneration wie auch die sie Regierenden sich nicht in der Verantwortung sehen, für die Altschulden, die ihre Vorgänger aufgetürmt haben, einzustehen. Ist eine solche Situation erreicht – hat der Kapitalmarkt also erkannt, dass die Zahlungsfähigkeit und –bereitschaft der Steuerbürger für die aufgelaufenen Staatsschulden abnimmt oder gar nicht mehr besteht –, endet das Verschuldungsspiel.

Es kommt zu einer Situation, in der die Inflation als das vergleichsweise kleinste Übel angesehen wird. Ludwig von Mises hatte eben das erkannt, als er im Januar 1923 – also nur einige Monate bevor die deutsche Hyperinflation einsetzte – schrieb, „dass eine Regierung sich immer dann genötigt sieht, zu inflationistischen Maßnahmen zu greifen, wenn sie den Weg der Anleihebegebung nicht zu betreten vermag und den der Besteuerung nicht zu betreten wagt, weil sie fürchten muss, die Zustimmung zu dem von ihr befolgten System zu verlieren, wenn sich seine finanziellen und allgemein wirtschaftlichen Folgen allzu schnell enthüllen. So wird die Inflation zu dem wichtigsten psychologischen Hilfsmittel einer Wirtschaftspolitik, die ihre Folgen zu verschleiern sucht. Man kann sie in diesem Sinne als ein Werkzeug antidemokratischer Politik bezeichnen, da sie durch Irreführung der öffentlichen Meinung einem Regierungssystem, das bei offener Darlegung der Dinge keine Aussicht auf die Billigung durch das Volk hätte, den Fortbestand ermöglicht.“⁶

⁶ Mises (1923), Die geldtheoretische Seite des Stabilisierungsproblems, S. 32.

Die Anreizstruktur, die das Fiat-Geldsystem in Gang setzt, weist (und zwar *logischerweise*, wenn selbstorientiertes Handeln der Akteure unterstellt wird) den Weg in die *Hyperinflation*, durch die das Fiat-Geld stark entwertet oder – im Extremfall – völlig zerstört wird. Diese *Logik* soll hier noch einmal hervorgehoben werden.

Im Fiat-Geldsystem, in dem es unweigerlich zu einem immer weiteren Anwachsen des Staates zu Lasten des Privatsektors kommt, begeben sich immer weitere Teile der Bevölkerung in die Abhängigkeit des Staates; ihr wirtschaftliches Einkommen, ihre soziale Stellung hängt zusehends von der Finanzkraft des Staates ab; man denke nur an öffentlich Beschäftigte oder Firmen, die durch Staatsaufträge ihr Einkommen verdienen.

Aber auch Sparer, die ihr Lebenseinkommen in Staatsanleihen, die in Fiat-Geld denominated sind, investiert haben, haben ein Interesse, dass der Staat nicht Bankrott geht, selbst wenn dies ein Ausweiten der Geldmenge erfordert. Denn vor die Wahl gestellt, die unmittelbare Pleite des Staates hinzunehmen oder aber eine Rückzahlung der Kreditforderungen mit neu gedrucktem Geld zu erlangen, werden Investoren Zweiteres, nicht aber Ersteres wählen. Dies gilt natürlich auch, wenn Ersparnisse bei Banken gehalten werden, deren Wohl oder Wehe in einem Fiat-Geldsystem steht und fällt mit der Finanzkraft des Staates.

Und so erklärt sich, dass eine (in der Realität beobachtbare) wachsende Schuldenpyramide, die sich über Jahrzehnte zunächst ohne sichtbare Probleme im Fiat-Geldsystem aufbauen konnte, der Vorbote einer kommenden hohen Inflation (oder: Hyperinflation) ist, durch die die Kaufkraft des Geldes stark herabgesetzt oder gänzlich vernichtet wird.

V. VERBREITUNG GUTER IDEEN

Das Erkennen und Verbreiten von guten Ideen und Theorien schafft wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt. Gleiches gilt für das Entlarven von schlechten Ideen und Theorien.

Wenngleich sie immer noch ein Randdasein führt, so ist doch die Renaissance der Lehre der Österreichischen Schule der Nationalökonomie unverkennbar. Dies wurde sicherlich maßgeblich ausgelöst durch die internationale Finanz- und Wirtschaftskrise und die damit einhergehende Entzauberung der *Mainstream-Ökonomik*, die weder in der Lage war, das monetäre Debakel vorherzusagen, noch in der Lage ist, einen Ausweg aus der Misere zu weisen.

Die Renaissance der Österreicher zeigt sich derzeit in einem weltweiten stark wachsenden Angebot von Büchern, Magazin- und Internetbeiträgen, aber auch von Konferenzen und Gesprächs- und Diskussionskreisen, die sich insbesondere mit dem Niedergang des Fiat-Geldsystems und der damit verbundenen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung beschäftigen.

Die Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie haben Grund zu großer Zuversicht. Ihre Lehre ist die Lehre der guten Idee, der guten Theorie. Freie Märkte, Unternehmertum und Eigenverantwortlichkeit – allesamt ökonomisch-ethisch begründete Elemente der Österreichischen Schule – sind Bausteine für ein prosperierendes Gemeinwesen; die *libertäre Lehre* ist eine ethische Wirtschafts- und Gesellschaftslehre.

Albert Schweitzer (1875 – 1965) schrieb in *Kulturphilosophie* (1923, S. 108): „Diejenigen, die unser Denken über Ethik in irgendetwas voranbringen, arbeiten an dem Kommen des Wohlstandes und des Friedens in der Welt.“ Es sind die *Denker der Österreichischen Schule der Nationalökonomie* – also diejenigen, die *neue gute Ideen* hervorgebracht haben, und auch diejenigen, die diese Ideen unermüdlich verbreiten und weiterentwickeln –, die für Besserung der Lebensumstände eintreten.

Diejenigen, die geschult sind in der Lehre der Österreichischen Schule der Nationalökonomie, wissen: Die Folgen der aufgelaufenen Fehlentwicklungen – insbesondere durch das staatliche Geldproduktionsmonopol provoziert und befördert – lassen sich nicht ungeschehen machen. Das ist eine sicherlich beschwerende Einsicht.

Was jedoch bleibt, ist das Verbreiten der guten Ideen, der guten Theorien. Denn die breite Akzeptanz von guten Ideen und Theorien – also von solchen Ideen und Theorien, die den Menschen erlauben, ihre angestrebten Ziele auf ethischem Wege zu erreichen –, wird eine dauerhaft friedvolle und produktive Kooperation zwischen den Menschen – national wie international – ermöglichen.

+++++